

Einwände durch den Ausschuss noch möglich

Sozialausschuss Protokoll Nr. SOA/07/2019

**über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 12.11.2019,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 20:45 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Bela Randschau stellv. Vorsitzender

Stadtverordnete

Herr Claas-Christian Dähnhardt	i. V. f. Herrn Schmidt
Frau Susanna Hansen	
Herr Markus Kubczigk	i. V. f. die SPD-Fraktion
Frau Kristin Schilling	
Herr Wolfdietrich Siller	
Herr Michael Stukenberg	
Frau Silke von Stockum	
Herr Roland Wilde	i. V. f. Frau Brandt

Bürgerliche Mitglieder

Frau Claudia Brüggemann
Frau Cornelia Schüller-Ehmsen
Herr Nils Warnick

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Gerhard Bartel	Behindertenbeirat
Herr Daniel Goetz	Kinder- und Jugendbeirat
Herr Reinhard Hampel	Seniorenbeirat
Frau Nicole Johannsen	DIE LINKE.-Fraktion

Verwaltung

Herr Thomas Reich	FBL II
Frau Cornelia Beckmann	FDL II.6
Herr Michael Cyrkel	FDL II.4
Herr Matthias Bollmann	FD II.7
Herr Fabian Dorow	St. 1.1
Frau Silva Krause	FD II.6/Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Vorsitz

Frau Doris Brandt

Stadtverordnete

Herr Ali Haydar Mercan
Herr Christian Schmidt

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1. Berichte gem. § 45 c GO
— k e i n e —
 - 5.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 5.2.1. Aktuelle Situation Asyl
 - 5.2.2. Stellenplan
 - 5.2.3. Integrationspauschale
 - 5.2.4. Antrag der Ahrensburger Tafel
 - 5.2.5. Fassadenanstrich Bruno Bröker Haus
 - 5.2.6. Schallschutzgutachten für das JuKi 42
 - 5.2.7. Jugend im Rathaus 2020
6. Aktionsbündnis für Teilhabe und Beteiligung **2019/113**
7. Sachbericht zur Projektwoche Fair Trade und Jugend im Rathaus
8. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2020/2021 **2019/142**
9. Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2020/2021 **2019/119**
10. Anfragen, Anregungen, Hinweise
 - 10.1. Tierunterstand am Blockhaus
 - 10.2. Einsatz von ehrenamtlichen Helfern in städtischen Einrichtungen
 - 10.3. Nutzung der Fritz-Reuter-Schule

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Um 19:30 Uhr begrüßt der Ausschussvorsitzende alle Teilnehmer, die Gäste sowie die Mitarbeiter*innen der Verwaltung und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

3. Einwohnerfragestunde

Frau Sophie von Hülsen, Elternvertreterin der Kita Gartenholz, stellt die Mängel in der Kita Gartenholz dar. So gibt es in den letzten Jahren einen Legionellenbefall, mehrere Rohrbrüche, das Dach befindet sich in einem schlechten Zustand. Es gibt Heizungsausfälle, damit verbundene Stromausfälle sowie Feuchtigkeitsschäden. Diese Mängel bedürfen einer dringenden Sanierung. Die Elternvertreter der Kita Gartenholz haben nun erfahren, dass das dafür bereitgestellte Budget nicht für das Jahr 2020 zur Verfügung stehen soll, sondern in das Jahr 2021 oder später geschoben wurde. Sie appelliert an die Mitglieder des Sozialausschusses, dringend die vorgezogene Sanierung zu prüfen. Weiterhin beklagt Frau von Hülsen die vielen Gruppenschließungen. In 2019 gab es je Gruppe mehrere Schließtage. Deshalb sollten die zusätzlichen Mittel für die Drittkraft auch in den kommenden Jahren der Kita zur Verfügung gestellt werden.

Die Verwaltung ergänzt, dass ein Schreiben des DRK Kreisverband Stormarn e. V. vom 30.10.2019 vorliegt, worin der Träger beantragt, die entsprechenden Mittel für die Sanierung der Kita Gartenholz in den Haushaltsplan 2020 einzustellen. Das Schreiben wird als **Anlage 1** dem Protokoll beigelegt.

Der Vorsitzende gibt an, dass die SPD-Fraktion heute einen Antrag zum Vorziehen der Mittel für eine Sanierung in das Jahr 2020 an die Verwaltung gegeben hat.

Frau Simone Gotthardt, als Leiterin der Kita Gartenholz sowie Frau Kerstin Seewald, Erzieherin im Elementarbereich der Kita, teilen aus ihrer Sicht die Schwierigkeiten, die sich aufgrund der Vielzahl der Mängel ergeben, mit. Es gibt sehr viele kranke Mitarbeiter*innen und Kinder, da einige Räume eiskalt und einige sehr heiß sind. Die Heizung lässt sich nicht entsprechend regulieren. Aufgrund der Feualarme, die durch Feuchtigkeitsschäden in den Rauchmeldern ausgelöst werden, werden Bürger, die in der Umgebung wohnen, belästigt. Zudem müssen bei Feualarm alle die Kita verlassen, auch die schlafenden Krippenkinder, obwohl es sich stets um Fehlalarme handelt. Zudem gibt es große Probleme mit immer wiederkehrenden Stromausfällen. Mitarbeiter der Einrichtung kündigen, eine Zeitarbeitskraft wurde aufgrund der baulichen Mängel von der Zeitarbeitsfirma abgezogen. Da nur noch ein Personal-WC zur Verfügung steht, trinken viele Mitarbeiter*innen nicht mehr so viel. Frau Gotthardt weist ausdrücklich auf die Dringlichkeit einer Sanierung der Kita hin.

Frau Annette Schröder, Bereichsleitung des DRK Kreisverband Stormarn e. V. hat die wichtigsten Mängel verschriftlicht. Die Aufstellung wird als **Anlage 2** dem Protokoll beigelegt.

Sie bittet ausdrücklich um die Bereitstellung der entsprechenden Mittel für die Sanierung der Kita im Jahr 2020 und verweist auf das Schreiben des DRK vom 30.10.2019.

Anja Finck wendet sich als Mutter eines Elementarkindes der Kita Gartenholz an den Ausschuss. Sie ist schockiert über den Zustand der Kita. Ihre Tochter wird seit dem 02.08.2019 dort betreut. Seit dem wurde die Gruppe bereits zweimal geschlossen. Trotzdem muss sie einen hohen Kita-Beitrag leisten. Bei ihrem Vermieter würde sie eine Frist zur Mängelbehebung setzen und dann die Miete mindern.

Weiterhin gibt sie an, dass sich ihre Tochter in der Kita bei den Erziehern gut aufgehoben fühlt und gerne dorthin geht.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne weitere Änderungen genehmigt.

5. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

5.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *k e i n e* —

5.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

5.2.1. aktuelle Situation Asyl

Grundlage des Kreises Stormarn für die Quotenberechnung sind per 10/2019 aktuell 198 (Vormonat 195) zugewiesene Asylbewerber; Flüchtlinge, Spätaussiedler und Familiennachzüge, davon 39 Personen (33 Zuweisungen und 6 durch Familiennachzug) in 2019. In der Quote des Kreises Stormarn liegt die Stadt damit aktuell per 10/2019 bei -3 (Vormonat -3).

Die zerstörten Container am Kornkamp werden Ende dieses Monats ersetzt. Aktuell haben wir 439 Personen in den Notunterkünften der Stadt Ahrensburg untergebracht; neben den 198 Flüchtlingen 241 Personen, die anerkannt sind und ohne Wohnraum sind und andere Wohnungslose. Die Zahl wird aus Verwaltungssicht eher steigen denn sinken, da alternativer Wohnraum nicht in ausreichendem Ausmaß für den Personenkreis verfügbar ist.

5.2.2. Stellenplan

Angesichts der Zuweisungszahlen (40 pro Jahr mindestens) und dem langen Verbleib in den Unterkünften wird seitens der Verwaltung nochmals für die weitere Verlängerung der beiden Stellen Nr. 113 und 115 entsprechend Stellenplanentwurf für 2020 und 2021 geworben. Es handelt sich um die Stellen für die Betreuung und Integration der Flüchtlinge. Besonders erfolgreich und damit hervorzuheben ist die erfolgreiche Integration in Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen, sog. FIM-Maßnahmen des Bundes, in Praktika, in Ausbildungsberufe, Minijobs oder auch auf dem regulären Arbeitsmarkt). Es gelingt fast vollständig, dass insbesondere zugewiesene junge Männer alle in regelmäßiger Beschäftigung durch Schule, Praktika, Job oder sonstiger Maßnahme sind. Zur Betreuung des untergebrachten Personenkreises und zur Integration der Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt hat die Politik 1,5 Stellen befristet zu Verfügung gestellt.

Zudem wird auf die Notwendigkeit der Entfristung für die dritte Stelle im Stellenplanentwurf, die Nr. 115, hingewiesen. Die Stelleninhaberin erledigt sämtliche Verwaltungsaufgaben im Zusammenhang mit ordnungsrechtlich untergebrachten Personen. Als weitere neue, gesetzliche Aufgabe gem. § 15 Schleswig-Holsteinisches Wohnraumförderungsgesetz (SHWoFG), sind auf der Stelle der Aufbau und die Pflege eines Wohnungskatasters für gebundenen Wohnraum angesiedelt. Die Überwachung der Zweckbestimmung bei Vermietung von Sozialwohnungen wird insbesondere bei Sozialwohnungen ohne Vorschlags- u. Belegungsrechte an Gewicht gewinnen. Eine Entfristung dieser Stelle ist ebenfalls dringend geboten.

5.2.3. Integrationspauschale

Der Festbetrag beträgt im Jahr 2020 9 Mio. € (2019 17 Mio. €). Die Pro-Kopf-Pauschale wird mit 500 € je Flüchtling in den Jahren 2020 und 2021 unvermindert fortgeführt.

5.2.4. Antrag der Ahrensburger Tafel

Zwischenzeitlich ist es der Ahrensburger Tafel gelungen, ein geeignetes Mietobjekt in der Großen Straße 22 (ehemalige Pizzeria Nero) zu finden. Da die Mietkosten deutlich über denen im Objekt Bei der Alten Kate 1 liegen, beantragt die Ahrensburger Tafel eine Erhöhung des Mietzuschusses von jetzt 2.700 € auf 9.000 € jährlich. Der Antrag der Ahrensburger Tafel vom 03.11.2019 wird als **Anlage** dem Protokoll beigelegt und über diesen soll im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu den Haushaltsjahren 2020/2021 am 10.12.2019 abgestimmt werden (PSK: 36750.5318000).

5.2.5. Fassadenanstrich Bruno Bröker Haus

Die Stirnseiten des Bruno Bröker Hauses sind fertig gestrichen. Es fehlt jetzt nur noch die Rückseite.

5.2.6. Schallschutzgutachten für das JuKi 42

Die Erstellung eines Schallschutzgutachtens für das JuKi 42 ist derzeit nicht erforderlich, da bereits aus dem Jahr 2009 ein entsprechendes Gutachten vorliegt. Seit 2009 sind keine wesentlichen Änderungen eingetreten, sodass auf eine Neuerstellung verzichtet wurde.

5.2.7. Jugend im Rathaus 2020

Nach Rücksprache mit Herrn Bürgermeister Sarach fällt die jährliche Projektwoche „Jugend im Rathaus“ im Jahr 2020 aus. Grund hierfür ist die Sanierung und Schadstoffentfernung im Rathaus bei laufendem Betrieb sowie der Schutz der Schülerinnen und Schüler.

Herr Wilde bittet darum, das Projekt „Jugend im Rathaus“ auch 2020 zu ermöglichen. Mehrere Ausschussmitglieder schließen sich dieser Bitte an. Es sollten andere Räumlichkeiten geprüft werden, z. B. die Bibliothek oder das Rathaus Nord.

6. Aktionsbündnis für Teilhabe und Beteiligung

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein.

Auf Nachfrage wird angegeben, dass die Stormarner Werkstätten über den Behindertenbeirat, die „Engagierte Stadt“ sowie über „Wir sind Bürger“ in die Teilhabeplanung eingebunden sind.

Die Fraktionen sowie der Behinderten- und Seniorenbeirat sprechen sich grundsätzlich für das Aktionsbündnis aus und loben den aktuellen Stand der Diskussion.

Sodann wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

7. Sachbericht zur Projektwoche Fair Trade und Jugend im Rathaus

Die Verwaltung gibt ihren Bericht über die Projektwochen „Fair Trade“ und „Jugend im Rathaus“ ab. Der Bericht nebst Anhängen ist als **Anlage** dem Protokoll beigelegt.

8. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2020/2021

Die Verwaltung gibt Hinweise zu einzelnen Punkten der Maßnahmenbeschreibung.

Der Ausschuss nimmt die Vorschläge über die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen der Verwaltung bzw. des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume und Integration zur Kenntnis.

9. Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2020/2021

Die Verwaltung beantwortet Fragen zu einzelnen Produktsachkonten.

Die Verwaltung teilt weiter mit, dass durch die bevorstehende Kitareform die im vorliegenden Haushaltsplanentwurf gemeldeten Zahlen auf der ersten Berechnung (Reform 1.0) basieren und daher nicht korrekt sind. Nach Verabschiedung des Gesetzes werden neue Berechnungen vorgenommen und dann über einen Haushaltsnachtrag vorgelegt. Frühestens Mitte Dezember will der Landtag das Gesetz verabschieden. Eine Veränderungsliste nach derzeitigem Reformstand Veränderungsliste macht aus Sicht der Verwaltung keinen Sinn.

Die Verwaltung teilt weiter mit, dass die Elternbeiträge bisher ohne die Früh- und Spätzeiten berechnet wurden. Dies muss sich zum 01.08. ebenfalls verändern und somit werden sich die Einnahmen noch erhöhen bzw. sich der Trägerzuschuss reduzieren..

Die bisher gewährten Qualitätsmittel für z.B. Drittkräfte sind im Entwurf für 2020 ganzjährig berechnet. Ebenso die Migrationsmittel und die FSJ-ler. Ab 2021 sind nur noch die bisher gewährten 11 FSJ-ler enthalten.

Die zusätzlichen stellv. Leitungsstunden (ca. 200) sind ebenfalls zurzeit weiterhin berücksichtigt.

Die Verwaltung macht den Ausschuss darauf aufmerksam, dass im Gesetzesentwurf vorgesehen ist, die landeseinheitliche Sozialstaffel nur für Krippe und Elementar zu gewähren. Nach § 7 Abs. 1 des Gesetzesentwurfes kann der örtliche Träger darüber hinaus eine Ermäßigung leisten, die in Kindertageseinrichtung (Horte) **und** schulischen Betreuungsangeboten (OGS) geförderte schulpflichtige Kinder berücksichtigt.

Der Kreis Stormarn lehnt diese Förderung für Horte und OGS derzeit aus finanziellen Gründen ab.

Bei der Kitareform (Einheitlichkeit) sollten sich die Kommunen nicht dazu verleiten lassen, eigene Bezuschussungen freiwillig vorzunehmen.

Die Stadt Ahrensburg hat für die neue OGS an der Grundschule Reesenbüttel freiwillig eine Sozialstaffel festgelegt. Dies allerdings nur für ein Jahr, da bekannt war, dass die Kitareform Veränderungen mit sich bringen wird.

Nach dem alten Kitagesetz hat fast jede Kommune eigene Zuschussregelungen getroffen. Das sollte **nicht** wieder begonnen werden.

Eine Kitareform bringt Gewinner und Verlierer, dass haben grundlegende Reformen an sich. Die Eltern werden stark entlastet. Im Übergangszeitraum werden die Kommunen **nicht** entlastet.

Da noch nicht alle Fraktionen den Haushaltsplanentwurf abschließend beraten haben, wird die Beschlussfassung über diesen Punkt vertagt auf die Sitzung des Sozialausschusses am 10.12.2019.

10. Anfragen, Anregungen, Hinweise

10.1. Tierunterstand am Blockhaus

Auf Nachfrage teilt die Verwaltung mit, dass die Ausschreibung zum Bau des Tierunterstandes läuft. Anfang 2020 soll mit den Arbeiten begonnen werden. Weiterhin sind 25.000 € Fördermittel in Aussicht gestellt worden.

10.2. Einsatz von ehrenamtlichen Helfern in städtischen Einrichtungen

Ein Ausschussmitglied fragt an, ob es versicherungstechnische Hinderungsgründe für den Einsatz von ehrenamtlichen Helfern in städtischen Einrichtungen gibt.

Die Verwaltung gibt an, dass darüber nichts bekannt sei. Vielmehr arbeiten sehr viele Ehrenamtliche z. B. in der Bibliothek.

10.3. Nutzung der Fritz-Reuter-Schule

Auf Nachfrage teilt die Verwaltung mit, dass die Fritz-Reuter-Schule zukünftig u. a. für die Sanierung der Heimgartenschule als Ausweichmöglichkeit genutzt werden soll.

gez. Bela Randschau
Vorsitzender

gez. Silva Krause
Protokollführerin